

Noch kein
Entscheid zu
Lehrerlöhnen

ST.GALLEN. Anfang April wird Bildungschef Stefan Kölliker das Massnahmenpaket zur Entlastung der Lehrpersonen und zur Attraktivitätssteigerung des Lehrberufs präsentieren. Das Bildungsdepartement ist diesbezüglich im Gespräch mit dem kantonalen Lehrerverband und den Gemeinden. Die Lehrer verlangen u.a. eine Reduktion der Lektionenzahl, Treueprämien entsprechend dem schweizerischen Durchschnitt und höhere Löhne.

Für Lehrerlöhne einsetzen

Am Kantonalen Mittelstufen-Konvent vom vergangenen Wochenende wies Regierungsrat Kölliker darauf hin, dass das vom Kantonsrat beschlossene zweite Sparpaket Einschränkungen vor allem im Personalbereich verlangt. Dies werde auch die Realisierung gerechtfertigter Gehaltsverbesserungen bei der Lehrerschaft erschweren. Er werde sich jedoch dafür einsetzen, dass im neuen Sparpaket die Lehrerlöhne ein Tabu sein werden.

Kölliker falsch interpretiert

Zumindest ein Teil der anwesenden Mittelstufenlehrer interpretierte diese Aussage als bereits feststehendes und generelles Nein zu den Lohnforderungen (Ausgabe 9. März, Seite 26). Laut Kölliker ist dem nicht so. Wörtlich habe er zur Lohnfrage ausgeführt: «Wir werden nicht einfach die Löhne erhöhen, und alles ist gut. Gerade in der angespannten finanziellen Lage (...) zeigt es sich, dass hier nur beschränkt Spielraum besteht. Ich bin überzeugt, es gibt andere Massnahmen, die den Lehrpersonen im Alltag mehr bringen.» Generelle Lohnerhöhungen sind somit eher unwahrscheinlich, aber nach aktuellem Stand der Gespräche nicht vollends ausgeschlossen. (red.)

523 Ausländer
eingebürgert

ST.GALLEN. Die St. Galler Regierung hat 523 ausländische Personen eingebürgert. Gut die Hälfte von ihnen stammt aus den Ländern Ex-Jugoslawiens, wie die Staatskanzlei mitteilte. Am meisten Einbürgerungsgesuche wurden von Personen aus Serbien, Kosovo, Bosnien-Herzegowina, Deutschland, Mazedonien und Kroatien gestellt. Weitere Eingebürgerte stammen aus Italien, der Türkei, Sri Lanka, Spanien, Russland, Afghanistan, Australien, Irak, Portugal, Rumänien und der Slowakei. Gutgeheissen hat die Regierung auch 56 Gesuche von Schweizern, die das St. Galler Kantonsbürgerrecht erhalten. (sda)

Kinderschutz
im Lehrerberuf

ST.GALLEN. An der Pädagogischen Hochschule des Kantons St. Gallen (PHSG) fand am Montag die zweite Veranstaltung der Vortragsreihe «Focus PHSG – Kinder und Jugendliche im Spannungsfeld Schule» statt. Gast war Claudia Hengstler vom Kinderschutzzentrum St.Gallen. Sie referierte über Gewalt gegen Kinder und Jugendliche. «Die Lehrpersonen haben eine grosse Verantwortung im Zusammenhang mit Kinderschutzfragen», sagt Hengstler.

Eine Gefährdung des Kindeswohls zu erkennen sei schwierig, da die Zeichen oft nicht eindeutig seien. Hengstler riet dazu, sich bei einem Verdachtsfall früh Unterstützung zu holen. (red.)

Länger arbeiten für gleichen Lohn

Der morgige «Equal Pay Day» erinnert in St. Gallen daran, dass Frauen zehn Wochen länger arbeiten müssen, um den gleichen Lohn wie Männer zu erzielen. In der Ostschweiz kämpfen viele gegen diesen Missstand.

MARKUS ROHNER

ST.GALLEN. Annette K. Nimzik ist vor zwei Jahren nach St.Gallen gekommen – hier betreibt sie mit ihrem Partner ein Management-Consulting-Unternehmen. Daneben ist die gelernte Handelslehrerin bei den «Business and Professional Women» (BPW), Sektion St.Gallen-Appenzell aktiv. Das ist eine Organisation, die in der Schweiz über 2500 berufstätige Frauen in verantwortungsvollen Positionen der Wirtschaft vereinigt. «BPW engagiert sich weltweit für die qualitative und finanzielle Gleichstellung, unterstützt das notwendige Umdenken auf Arbeitgeberseite, das Aufbrechen alter Rollenbilder bei Männern und Frauen und gibt Frauen Impulse im Austausch mit anderen Führungsfrauen», sagt Nimzik.

Ein denkwürdiger Tag

2011 wurde der 11. März landesweit zum Tag der Lohnungleichheit erklärt. Der «Equal Pay Day» will die Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen, dass Frauen in der Schweiz durchschnittlich 19,3 Prozent weniger verdienen als Männer und deshalb statistisch gesehen bis zum 11. März arbeiten müssen, um den gleichen Lohn zu erhalten, den ihre männlichen Kollegen bereits Ende 2010 in der Tasche hatten. Oder umgekehrt: Männer könnten die ersten zehn Wochen im Jahr zu Hause bleiben und würden am Jahresende immer noch gleich viel verdienen wie Frauen, die 52 Wochen arbeiten.

Dass in Deutschland der «Equal Pay Day» erst am 26. März und in Österreich gar am 13. April stattfindet, ist für Nimzik ein schwacher Trost. «Dieser 11. März kann die Schweizer Frauen nicht freuen. Und das in einem Land, wo das Grundrecht gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit seit 30 Jahren in der Bundesverfassung steht.»

Frauen als Manövriermasse?

Die zum Teil markanten Lohnunterschiede haben verschiedene Ursachen. Eine wichtige Rolle spielt die Aufteilung des Arbeitsmarktes, wo es Frauen und Män-



Archivbild: Ralph Ribi

Die St. Galler Firma PetroplastVinora AG hat eine Lohnstudie im Branchen- und Regionenvergleich erarbeitet und will jetzt darauf reagieren.

ner immer wieder zu unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern zieht. In der Schweiz sind über 40 Prozent der Frauen im Gesundheitswesen, im Erziehungsbereich oder in der öffentlichen Verwaltung tätig. Das ist doppelt so viel wie bei den Männern. «Diese Trennung hängt mit Traditionen und Stereotypen zusammen, welche die Wahl der Bildung und des Berufes stark beeinflussen können», sagt Nimzik. Nicht ungerne würden Frauen

auch als Manövriermasse auf dem Arbeitsmarkt missbraucht. «Bei Entlassungen sind Frauen oft als erste betroffen. Herrscht dagegen Mangel an Fachkräften, wird schnell nach den Frauen gerufen.»

Mehr Teilzeitarbeitende will fortan die St. Galler Firma PetroplastVinora AG anstellen. Zur Überprüfung der Lohngleichheit hat das Unternehmen für seine 380 Mitarbeitenden in den Pro-

duktionsstätten Andwil und Jona eine Lohnstudie im Branchen- und Regionenvergleich erarbeitet und will jetzt daraus die entsprechenden Schlüsse ziehen. «Wir haben für den Industriebereich schon heute einen relativ hohen Frauenanteil von 32 Prozent», sagt Personalchef Christoph Suter. Und in der Verwaltung sind zwei von drei Angestellten Frauen. «Unser Ziel ist es, beim Personal den Anteil Frauen und Teilzeitstellen wo möglich zu erhöhen.»

«Teilzeit hat viele Vorteile»

Mit mehr Teilzeitstellen, von denen vor allem Frauen profitieren dürften, sieht der Personalchef mehr Vor- als Nachteile. Zwar gäbe es für die Vorgesetzten mehr Mitarbeitergespräche und einen grösseren Verwaltungsaufwand, gleichzeitig könne die anfallende Arbeit aber auch flexibler und die Stellvertretung besser organisiert werden. Mit klar geregelten Verträgen liesse sich verhindern, dass die Teilzeitangestellten zur Manövriermasse des Vorgesetzten würden, sagt Suter. Er habe eine enge Mitarbeiterin, die an einem bestimmten Wochentag nicht zur Arbeit erscheine. «Daran halten wir uns und richten uns bei der Organisation danach aus.»

Bei PetroplastVinora ist die Personalführung entschlossen, dieses Denken breit zu fördern. Suter: «Das sollte Firmenkultur werden und in die Köpfe der Mitarbeiten-

den gehen.» Denn es genüge nicht, wenn diese Ansicht allein beim Kader und in der Personalabteilung vorhanden sei.

Selbsttest Lohngleichheit

Unternehmen, die mindestens 50 Mitarbeitende beschäftigen und wissen wollen, ob sie für Frauen und Männer gleiche Löhne bezahlen, können dies in einem einfachen Selbsttest des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann tun (www.logib.ch).

Das Departement des Innern des Kantons St. Gallen hat 2007 für seine 177 Festangestellten (94 Männer und 83 Frauen) die Probe aufs Exempel gemacht. «Der Aufwand hierfür ist nicht sehr gross», sagt Jörg Steiner, Leiter des Personaldienstes im Departement. Betriebe, die ihre Personaldaten im Rahmen der Eidgenössischen Lohnstrukturerhebungen erfasst hätten, müssten sich mit einem Aufwand von ein paar wenigen Stunden rechnen.

Differenz von 3,2 Prozent

Das Resultat ist für das st. gallische Departement erfreulich ausgefallen. «Wir kamen auf eine nicht erklärbare Lohn Differenz von 3,2 Prozent zuungunsten der Frauen», sagt Steiner. Das liegt unter der Toleranzschwelle von fünf Prozent – der «Equal Pay Day» fand dort also nicht am 11. März, sondern schon am 12. Januar statt.

Lohndiskussion im Pfalzkeller

Der Equal Pay Day ist vor 45 Jahren in den USA entstanden und wurde 2009 erstmals in der Schweiz begangen. Dieser Tag – im laufenden Jahr ist es der 11. März – markiert jenen Zeitraum, den Frauen über den Jahreswechsel hinaus arbeiten müssen, um den Jahresverdienst von Männern zu erreichen.

Das Kompetenzzentrum Integration, Gleichstellung und Projekte im Departement des Innern des Kantons St. Gallen,

aktiv in der öffentlichen Gleichstellungsförderung, lädt heute Donnerstag, 10. März, im St. Galler Pfalzkeller zu der Veranstaltung «Der Lohngleichheitsdialog». Verschiedene Experten aus der Privatwirtschaft und der kantonalen Verwaltung werden zu diesem Thema Auskunft geben. Die Veranstaltung beginnt um 16 Uhr und ist öffentlich. (M.R.)

www.gleichstellung.sg.ch
www.equalpayday.ch

«Sonnenkönigin» ist wieder auf Kurs

Das grösste Charterschiff auf dem See ist nach der Wirtschaftskrise und mit neuem Kurs wieder flotter unterwegs. Die Betreiber registrieren wachsendes Interesse vor allem aus der Schweiz.

BIRGIT KÖHLMEIER

BREGENZ. «Wir haben den Kurs der «Sonnenkönigin» im September 2009 neu definiert, unter anderem mit marktangepassten Preisen», sagten die neuen Geschäftsführer Mario Marte und Harald Otti gestern in Bregenz. Die österreichische Cateringfirma MO, für das Wohl der Gäste an Bord verantwortlich, hatte das ins Schlingern geratene Eventschiff mit maximal 1000 Plätzen in Pacht übernommen.

Die Akzeptanz der «Sonnenkönigin» als Veranstaltungsort auf dem Bodensee habe sich im vergangenen Jahr deutlich erhöht, berichten die Betreiber vor Beginn der dritten Saison des grössten Charterschiffs auf dem See.

40 Veranstaltungen pro Jahr

«Die für die Vermarktung eigens ins Leben gerufene Organisation hat in einem Dreijahresvertrag eine Zielvorgabe von 40 Veranstaltungen jährlich übernommen», sagten Marte und Otti. Ein

Überlassungsvertrag regelt die Übernahme des Schiffes sowie den Einsatz der sich abwechselnden Crews der SBS-AG oder Vorarlberg-Lines. Betriebsleiter und Kapitän ist Hans Wüstner, weitere Kapitäne sind Robert Gorschek (A) und Erich Hefti (CH).

Die Sonnenkönigin kreuzt während Veranstaltungen je nach Route zwischen Bregenz, Lindau,

Friedrichshafen, Mainau, Konstanz, Kreuzlingen, Romanshorn und Rorschach. Für 2011 erwarten die Betreiber eine Umsatzsteigerung von rund 30 Prozent.

Harald Otti: «Das unter erschwerten Bedingungen durchgeführte Wirtschaftsjahr 2010 erbrachte einen Umsatz von 1,7 Mio. Euro – zur Hälfte aus Charter- und zur anderen Hälfte aus

Cateringerlösen. Dabei hatte der Schweizer Markt beim Catering leicht die Nase vorn.» Bei Veranstaltungen in der Schweiz wird die «Sonnenkönigin» von der Schweiz aus beliefert. Die eingesetzten Lebensmittel werden dort eingekauft und in der Bordküche verarbeitet, betonten Marte und Otti.

Nicht alle Häfen anfahren

Aufgrund der Grösse der «Sonnenkönigin» können nach wie vor bei niedrigem Wasserstand nicht alle Häfen angefahren werden. Heimathafen des Eventschiffes ist Bregenz. Im Winter können Bregenz, Rorschach, Konstanz und Romanshorn als Häfen benutzt sowie der Landesteg Kressbronn angefahren werden. In Deutschland wird im Sommer in Friedrichshafen und Lindau angelegt, Konstanz wird ganzjährig angefahren.

Sonntag, 16. April, Hafen Bregenz: Tag der offenen Tür auf der «Sonnenkönigin»



Bild: pd

Hat wieder Wasser unterm Kiel: Die Sonnenkönigin.

Projektstand von Mobil im Rheintal

BREGENZ. Mit der Verbindung der Rheintal-Autobahnen dies- und jenseits des Rheins soll der Engpass im Grenzverkehr beseitigt werden. Unter Leitung des Landes Vorarlberg wird unter dem Titel «Mobil im Rheintal» eine neue, umweltverträgliche Lösung in einem partizipativen Verfahren erarbeitet. Über den aktuellen Projektstand wird derzeit an öffentlichen Veranstaltungen in Höchst, Lustenau, Bregenz und Lauterach berichtet.

Die Region Rheintal ist am konsensorientierten Verfahren mit Reto Friedauer, Gemeindepräsident in St. Margrethen, und Roland Wälter, Gemeindepräsident in Diepoldsau, vertreten.

Im Moment stehen drei Varianten zur Diskussion. Im Schlussbericht, der Mitte März erwartet wird, soll der Vorarlberger Regierung ein konkreter Antrag für die Linienführung gestellt werden. Mit der Realisierung wird bis 2020 gerechnet. (cz)

11. März, 17 bis 20 Uhr, Marktgemeinde Lustenau, Reichshofsaal – auch für Interessierte der Gemeinde Au, Widnau, Diepoldsau